

Disparitäten in Deutschland – Raumstrukturen und regionale Handlungsansätze

Dr. Henning Schöpke, Nienburg/Weser

In welchen Bereichen werden räumliche Disparitäten deutlich? Welche Regionen weisen im bundesweiten Vergleich erhebliche strukturelle Schwächen auf? Welche Regionen haben eine besonders hohe Wirtschaftsleistung? Wie können räumliche Disparitäten verringert werden?

Ihre Schüler analysieren Raumstrukturen und nennen Indikatoren unterentwickelter Räume. Sie analysieren aktuelle Karten und Diagramme und beschreiben die Bandbreite regionaler Disparitäten. In der zweiten Sequenz beschäftigen sie sich mit den Konsequenzen der Raumordnungspolitik. Dazu zählen die Verteilung der EU-Strukturmittel und die Umverteilung von Mitteln in Deutschland. In der dritten Sequenz setzen sich die Schüler an konkreten Raumbespielen mit Strategien zur Verringerung regionaler Disparitäten auseinander.

Fachwissenschaftliche Orientierung

In Deutschland gibt es große **räumliche Disparitäten**, „territoriale Ungleichgewichte“. Das hat nicht nur naturbedingte Gründe, zumal Regionen mit einem ungünstiger ausgestatteten Naturpotenzial nicht zwangsläufig arm sind. Räumliche Disparitäten sind auch nicht nur in der wirtschaftspolitisch und gesellschaftlich unterschiedlichen Entwicklung von Ost- und Westdeutschland begründet. **Kernprobleme** einer ungleichgewichtig und defizitär ausgestatteten Region sind folgende: Die **Migration in das großstädtische Umland**. In den neuen Bundesländern wandern die Menschen dabei vermehrt in den engeren suburbanen Raum, in den alten Bundesländern ins weitere Umland. Die nicht standortattraktive, weil **periphere Lage** mit dem daraus resultierenden geringen Kontaktpotenzial ist ein weiteres Problem. Zudem wandern vor allem jüngere und fachlich qualifizierte Arbeitskräfte infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage ab. Dadurch ergibt sich eine **Abnahme des Arbeitskräftepotenzials am Arbeitsmarkt**. Auch **lange Wege zur Arbeitsstelle** sind zu nennen. Zudem ist die Daseinsvorsorge, d. h., die **staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen zur Grundversorgung** der Bevölkerung, wie z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Gas-, Wasser-, Stromleitungsnetz oder Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser nur **ungenügend** bereitgestellt. Zu erwähnen ist zudem eine **ungenügend ausgebildete Infrastruktur**. Mit der **geringen Bevölkerungsdichte** geht eine zu **geringe Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen** und ein zu **niedriges Einkommen** einher. Auch der **demografische Wandel** als Folge des Bevölkerungsschwunds durch Geburtenrückgang und **Überalterung**, vor allem in den dünn besiedelten ländlichen Räumen Ostdeutschlands, spielt eine Rolle. In dünn besiedelten Räumen gehen die Schülerzahlen immer mehr zurück. Zu den Entwicklungseinflüssen, die das raumwirtschaftliche Gefüge verändern werden, zählen u. a. der Strukturwandel hin zu Dienstleistungsgesellschaften und Wissensökonomien, die Bedeutungszunahme wissensintensiver Berufe und der technologische Fortschritt. Diese Tendenzen werden differenzierte regionale Auswirkungen haben, da Städte und Regionen in Deutschland deutliche Unterschiede in den Standortbedingungen und Wirtschaftsstrukturen aufweisen. Firmen wählen ihre Standorte nicht mehr vorrangig nach traditionellen Standortfaktoren wie niedrige Steuersätze und günstige Immobilienpreise, sondern zunehmend nach der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Standortnachteile der Verdichtungsräume wie Flächenverfügbarkeit, Bodenpreise, Lohnkosten sowie Lebens-, Wohn- und Umweltqualität werden heute als weniger schwerwiegend gewertet.

Besonders der **demografische Wandel** verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Mit dem Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ unterstützte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) von 2007–2010 Städte und Gemeinden, den Wandel aktiv zu gestalten. Das Modellvorhaben setzte auf die Zukunftschancen, die sich im ländlichen Raum aus dem demografischen Wandel ergeben. Vier Regionen hatten sich für die Teilnahme qualifiziert. Ihr entscheidender Erfolgsfaktor bestand darin, ganzheitliche demografische Handlungskonzepte zu entwickeln. Zudem richteten sich die Gemeinden nach dem soge-

nannten Open-Space-Ansatz, einer Methode, sich in zwanglosen Treffen über schwierige Problemfelder auszutauschen und Lösungen zu entwickeln. Die Gemeinden stützen sich besonders auf die Ideen und die Mitarbeit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Hierbei kommt die sogenannte PLA-Methode zum Einsatz, die ein miteinander Lernen und – nachdem daraus die richtigen Schlüsse gezogen wurden – auch Handeln propagiert.

Derartige raumplanerische Modellvorhaben werden stets neu ausgeschrieben und haben das Ziel, räumliche Disparitäten auszugleichen – und sei es nur auf städtischer Ebene. Disparitäten zeigen sich auf der Mikroebene. Ein Beispiel: Diese ergeben sich, wenn die Finanzschwäche einer Gemeinde durch einen aufgeblähten Verwaltungsapparat, teure und wenig effektive Gutachten oder eine überdimensionierte Infrastruktur, z. B. Straßenbau oder Kläranlage, mitverursacht wurde. Oder wenn sich Gettos der sozialen Unterschicht gebildet haben oder die Kriminalität in Stadtquartieren steigt. Mitunter hat der Gemeinderat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und nicht rechtzeitig gegengesteuert. Hierfür ist Braunlage ein Paradebeispiel. Diese einst beliebteste Stadt im Hochharz ist heruntergekommen. Es gibt viele stillgelegte Hotels und Cafés sowie leer stehende Geschäfte.

Nach der Statistik gilt als „armutsgefährdet“, wer von weniger als 826 Euro im Monat leben muss. Bei Familien mit zwei Kindern beginnt **Armut** bei 1735 Euro. Die Europäische Union (EU) hat festgelegt, dass Menschen dann armutsgefährdet sind, wenn sie mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen müssen. In Deutschland ist das Südwest-Nordost-Gefälle sehr ausgeprägt: Die reichen Regionen liegen vornehmlich im Süden der Republik, nahezu alle armen Regionen liegen im Osten, **vor allem im Nordosten Deutschlands**. In den neuen Ländern einschließlich Berlin waren im Jahr 2010 19 % der Bevölkerung arm. In den alten Bundesländern waren 13 % der Menschen von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen. Im Osten ist der Anteil der Armen in den letzten Jahren leicht rückläufig, während er im Westen stagniert. Zu den **reichen Regionen** zählen auch die sogenannten „Speckgürtel“ **im Umkreis der großen Städte**, vor allem um München, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg. In diesem Umland haben sich viele wohlhabende Menschen niedergelassen, die in den Metropolen ihr Geld verdienen. Menschen in problematischen Lebenslagen finden sich vor allem dort, wo erhebliche Probleme durch Strukturwandel und Abbau industrieller Strukturen auftreten, z. B. im Saargebiet, Ruhrgebiet, Lausitzer Braunkohlenrevier, sowie in den sozialistischen Städten der ehemaligen DDR. Beim Begriff „**regionale Einkommensdisparitäten**“ geht es um die Frage, ob und in welchem Ausmaß es in den deutschen Bundesländern „reiche“ und „arme“ Regionen gibt und wie das Verteilungsmuster dieser Regionalstruktur aussieht.

Die vorrangige Strategie besteht darin, in den ostdeutschen Regionen den Konvergenzprozess zu beschleunigen, um den Entwicklungsrückstand hinsichtlich der erwirtschafteten Einkommen und der Erwerbsmöglichkeiten zu reduzieren. In den übrigen Regionen verfolgen die Behörden unterschiedliche strategische Ziele: Förderung von Innovationen und Ausbau der Wissensgesellschaft, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, Erhöhung der Attraktivität der Regionen für Investitionen und Einwohner durch nachhaltige Regionalentwicklung, Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten – mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen, Regionen chancen- und ausgleichsorientiert weiterentwickeln. **Europäische Fonds** fördern Projekte, die diese Vorgaben umsetzen. Unter dem verbreiteten **Motto „Stärken stärken“**, zugeschnitten auf Gemeinden, förderte der Europäische Sozialfonds (ESF) Mikroprojekte an bundesweit 277 Standorten. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Förderung der Ausbildungskompetenz, der sozialen und beruflichen Integration, der Berufsorientierung, des interkulturellen Lernens und der Sprachförderung für Migranten.

Die in Deutschland **früher** verfolgten **Strategien „Gegensteuern“ und „Anpassen“** haben nicht dazu geführt, das verfassungsmäßig verankerte Leitbild regional gleichwertiger Lebensbedingungen zu schaffen. Das „Gegensteuern“ basierte auf der klassischen Industrie- und Strukturpolitik, Steuernachlässe ansiedlungswilligen Betrieben zu gewähren, die sich auf preisgünstig ausgewiesenen Gewerbegebieten ansiedeln und möglichst viele neue Arbeitsplätze sichern sollten. Die Strategie des „Anpassens“ erkennt die Folgen des demografischen Wandels. Insbesondere reagiert sie auf eine immer älter werdende Bevölkerung, die immer mehr schrumpft. In solchen Fällen reduzieren die Verantwortlichen nach dieser Strategie das ÖPNV-Angebot. Sie lassen Straßen rückbauen, legen Schulen und Behörden zusammen, schließen Sportstätten und Kindergärten. Das heißt, die Daseinsvorsorge wird verringert. Die Strategie „Anpassen“ ist gescheitert, weil sich immer mehr Menschen aus ländlichen Räumen, in der Nähe von Zentren ansiedelten. Dort

ist die Versorgung gewährleistet. Die Strategie „Gegensteuern“ scheiterte, weil in ländlichen Abwanderungsregionen nur wenige junge Menschen leben. Subventionen können den demografischen Trend der Abwanderung allenfalls kurzfristig stoppen. Betriebe stellen nach Ablauf der Subventionen die Produktion ein, wenn sich die Voraussetzungen für den Warenabsatz als ungünstig erwiesen haben.

Die EU geht daran, ihre Strukturpolitik thematisch, räumlich und finanziell neu auszurichten. Der Förderzeitraum 2007–2013 läuft bald aus. Die **EU-Strukturpolitik** wird weiterhin das traditionelle Ausgleichsziel, eines „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“ verfolgen. Zudem soll sie dazu beitragen, die überarbeitete Lissabon-Strategie mit ihren Wachstums-, Wettbewerbs- und Beschäftigungszielen umzusetzen. Ziel soll der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt“ sein. Der Schwerpunkt ist vor allem wachstums- und wettbewerbsorientiert. Mit Blick auf räumliche Disparitäten gibt es weiterhin Ausgleichs- und Wachstumsziele. Noch dominieren die eher klassischen strukturpolitischen Maßnahmen wie „Einzelbetriebliche Förderung“, „Förderung wirtschaftlicher Infrastruktur“ und „Förderung des Tourismus“. Sie kommen eher den ländlichen und/oder strukturschwächeren Regionen zugute. Doch interkommunale Kooperationen und der clusterorientierte Entwicklungsansatz sowie städtische Bündnisse spielen eine immer wichtigere Rolle. So wollen die Verantwortlichen verhindern, dass Mittel aus den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation nicht zu stark in die Metropolen fließen.

Das neue Ziel, stärker auf sektorübergreifende integrierte Raumentwicklungskonzepte zu setzen, macht folgende Konsequenzen notwendig: Die bisherigen Raumkategorien „ländlich“ und „urban“ erweisen sich als Abgrenzungskriterien für eine Förderpolitik weniger geeignet als die Kategorien „strukturstark“ und „strukturschwach“. Dieser Ansatz erscheint trotz der politisch-administrativen Grenzen einer Stadt/Region/eines Bundeslandes als umsetzbar. Die Makroregion Ostsee zeigt sich diesbezüglich bereits als Leuchtturmprojekt. Die Region Harz könnte sich zum Leuchtturm entwickeln – ein Anfang wie die Zusammenlegung der Gemeinden Clausthal-Zellerfeld und St. Andreasberg oder der beiden Nationalparks ist gemacht. In der Realität zeigt sich, dass die Kooperationsbereitschaft den Zwang zur Kooperation voraussetzt.

In den letzten Jahren wird zunehmend darüber nachgedacht, sich von der politisch-administrativen Definition des Territoriums zu verabschieden. Die Verantwortlichen setzen darauf, die interregionale Zusammenarbeit zu stärken und damit die funktionale Sicht in den Mittelpunkt zu stellen. Dazu zählt, vor allem die **Mittelzentren in ländlichen und dünn besiedelten Regionen zu stärken**. So leiden ländliche und strukturschwache Gebiete wie Mecklenburg-Vorpommern oder grenznahe Regionen Sachsens besonders darunter, dass viele Menschen die Region verlassen. Folgen davon sind eine verschlechterte Nahversorgung, eine geringere Auslastung der vorhandenen Infrastruktur und die Unterfinanzierung öffentlicher Leistungen wie z. B. der ÖPNV. Sie bedürfen einer Strukturreform. Der Leader-Ansatz (Liaison entre actions de développement rural) bezweckt eine **nachhaltige** und integrierte regionale/ländliche **Entwicklung dank einer Gemeinschaftsinitiative** und wird von der EU gefördert. Die Stärke von Leader liegt in der Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale sowie der Förderung einer regionalen Strategie- und Handlungsfähigkeit. Als Nachteil erweisen sich bisher ein hoher bürokratischer Aufwand und sektororientierte Förderprogramme. Damit passt der Leader-Ansatz als Integrationsansatz in kein bestehendes Förderraster. In Flächenstaaten und ländlichen Räumen sind jedoch ausgewogene dezentrale Raumstrukturen mit einem **engen Netz leistungsstarker Grund-, Mittel- und Oberzentren** eine existenzielle **Grundlage für die Entwicklung** aller Teilräume. Schwerpunkte sind vor allem, Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, Standort- und Entwicklungsstärken zu nutzen, eine wohnortnahe Grundversorgung flächendeckend zu sichern, die verkehrliche Erschließung und die Mobilität in der Fläche zu verbessern sowie die natürlichen und kulturellen Qualitäten der Region zu erhalten. Ländliche Räume bieten dem dort arbeitenden und wohnenden Menschen auch Vorteile. Zu nennen sind Naturnähe und ein Bezug zur Landschaft, Nachbarschaft und ein angenehmes soziales Umfeld anstelle der Anonymität der Großstadt, sowie die Möglichkeit, an der Gestaltung der Heimat mitzuwirken. Die Bundesländer setzen in den ländlichen Regionen unterschiedliche Schwerpunkte, z. B. Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und Landschaftspflege oder Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

M 1 Butterfahrt oder Tagesausflug?

Butterfahrt oder Tagesausflug in die Stadt? Wer hat recht?



© Gerhard Meister

Aufgaben (M 1)

1. Beschreiben Sie den Inhalt der Karikatur.
2. Erklären Sie, welche Problematik der Karikaturist anspricht?

M 2 Indikatoren für schwächer entwickelte Regionen

Was macht einen Raum zu einem schlechter ausgestatteten Raum? Wodurch unterscheidet sich dieser Raum von stärker entwickelten Regionen?

- schwächeres Wirtschaftswachstum vor allem in Flächenländern
- geringer Anteil wissensintensiver Wirtschaftszweige
- schwächere Arbeitsproduktivität je Arbeitskraft vor allem in den Flächenländern
- höhere Arbeitslosenquote
- geringe Erwerbstätigkeit der Frauen
- größere soziale Probleme
- geringer Anteil von Studierenden an der Einwohnerzahl
- geringer Anteil der Beschäftigung von hochqualifizierten Arbeitnehmern
- unterdurchschnittlicher Anteil von Arbeitskräften in technischen Berufen
- niedrigere Arbeitnehmerentgelte und ein geringeres verfügbares Einkommen
- dünne Besiedlung
- große räumliche Distanz zur nächsten Großstadt
- schwach ausgebautes Verkehrsnetz

Aufgaben (M 2)

1. Nennen Sie Indikatoren, die sich auf die Karikatur beziehen könnten.
2. Veranschaulichen Sie in einem Flussdiagramm, wie sich die Indikatoren für schwächer entwickelte Regionen aufeinander beziehen.

M 3 Regionale Disparitäten – Bandbreite und Folgen

Was bedeutet der Begriff „regionale Disparitäten“? Welche Folgen hat es, wenn bestimmte Regionen stärker und andere Regionen wiederum schwächer entwickelt sind

Betrachten wir Geofaktoren wie Klima, Böden und Ressourcen, sind bestimmte Räume schon von Natur aus reicher ausgestattet als andere. Die Entwicklung von Ökonomie und Demografie bewirkt, dass in Deutschland einzelne Regionen vom Lebensstandard her, immer weiter auseinanderdriften. Der Indikator „Arbeitslosenquote“ identifiziert – einen hohen Wert vorausgesetzt – einen Raum als wirtschaftliche Problemregion. Der offizielle Indikator für die Bewertung der wirtschaftlichen Leistung von Raumeinheiten ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Zu den gesellschaftlichen und sozialen Indikatoren, die die Lebenssituation der Bevölkerung ausdrücken, zählen z. B die Lebensbereiche Gesundheit, u.a. Geburten- und Sterberate sowie Bildung, Erreichbarkeit von Großstädten und der Motorisierungsgrad in Pkw je 1000 Einwohner.

20 Schlecht ausgestattete Räume

Ländliche Regionen leiden darunter, dass vor allem junge Menschen abwandern und die Bewohner immer älter werden. Hinzu kommt die periphere Lage. Die Regionen entwickeln sich zu problembehafteten Wirtschafts- und Lebensräumen. Geringe Bevölkerungsdichte, hohe Arbeitslosenquote und ein geringes Bruttoinlandsprodukt führen dazu, dass technische und kulturelle Infrastruktur sowie grundlegende Dienstleistungen nicht mehr ausgelastet sind. Es ist zu kostspielig, diese aufrechtzuerhalten. So verschlechtern sich die Lebenschancen der Einheimischen. Die Region wird von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt. Die Menschen wandern ab.

Die Behörden haben die Gefahr einer disparitären Entwicklung erkannt und versuchen, dieser entgegenzuwirken. Sie streben eine Gleichwertigkeit der Regionen an. Dazu gehört, dass überall Mindeststandards von



© Photodisc/Thinkstockphotos

In vielen Regionen gibt es immer mehr ältere Menschen.

staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerung, wie z. B. ÖPNV sowie Gas-, Wasser-, Stromleitungsnetz, Bildungseinrichtungen oder Krankenhäuser, eingehalten sind. Entsprechend haben die Verantwortlichen bislang auf EU- und Bundesebene enorme Ausgleichszahlungen geleistet.

Neues Gegenkonzept

Weil Disparitäten nur bedingt auszugleichen sind, lautet das neue Motto „Stärken stärken“. Stärken liegen zumeist in den bevölkerungsreichen Regionen. Diese Regionen sollen mit ihrer Leistungsfähigkeit auch die weniger starken mitziehen und zu weiterer Entwicklung befähigen. Ländliche Regionen sollen ihre eigenen Potenziale gezielt fördern und somit eine zukunftsfähige Entwicklung anstoßen. Als Maßnahmen gelten: regionale Cluster zu stärken, Forschung und Entwicklung, Existenzgründungen mit innovativem Potenzial sowie ein Regionalmarketing zu fördern. Zu den Voraussetzungen für eine Erfolg versprechende Entwicklung zählen das vorhandene Humankapital, Infrastruktur und politische Akteure.

Begriff:

Disparitär: unausgeglichene, ungleiche Ausstattung einer Region mit differierenden Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

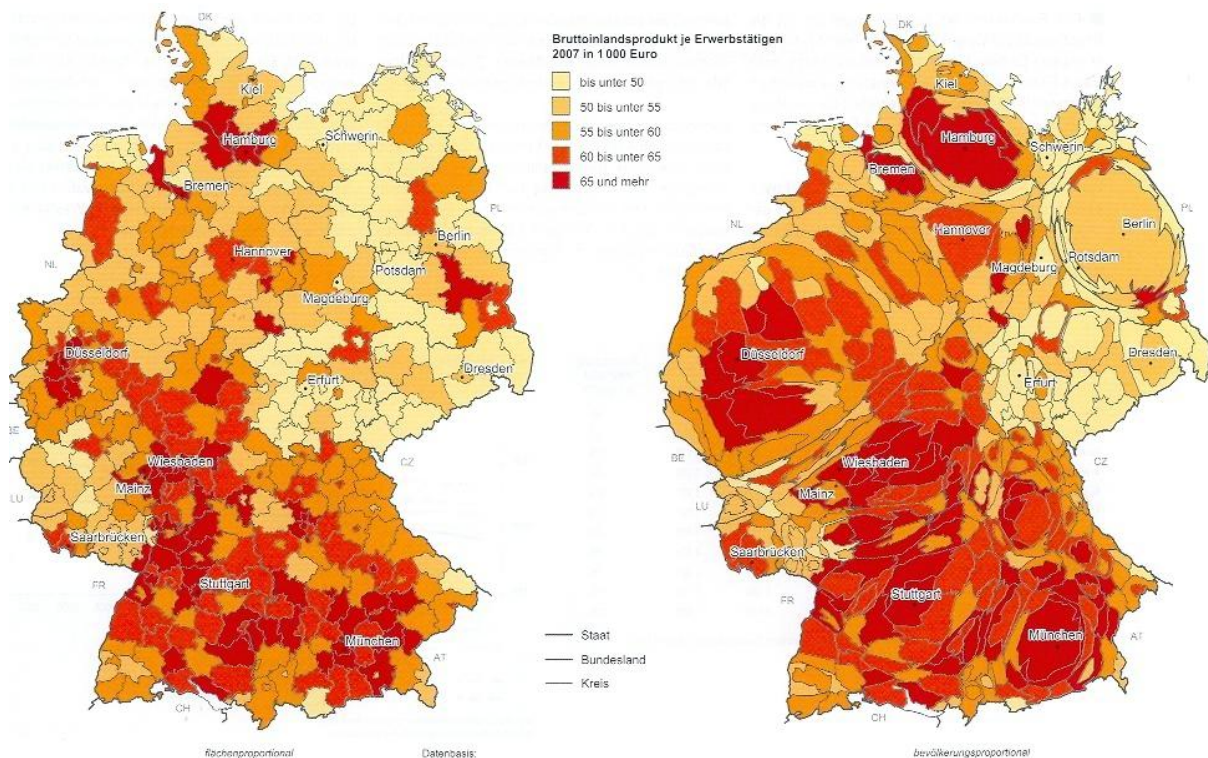


Aufgaben (M 3)

1. Identifizieren Sie Indikatoren für unterentwickelte Regionen und stellen Sie die Folgen für die Region dar. Beziehen Sie sich vor allem auf den ökonomischen und demografischen Sektor.
2. Erstellen Sie ein Flussdiagramm zu den Folgen einer wirtschaftlich schwach entwickelten Region.

M 4 Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Lebensqualität?

Eine Umfrage 2011 hat ergeben, dass Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten weltweit bezüglich des Lebensqualitätsindex im oberen Mittelfeld liegt.



Quelle: BBSR: Deutschland anders sehen. Atlas zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn 2010, S. 89.

Wie bemisst sich Lebensqualität?

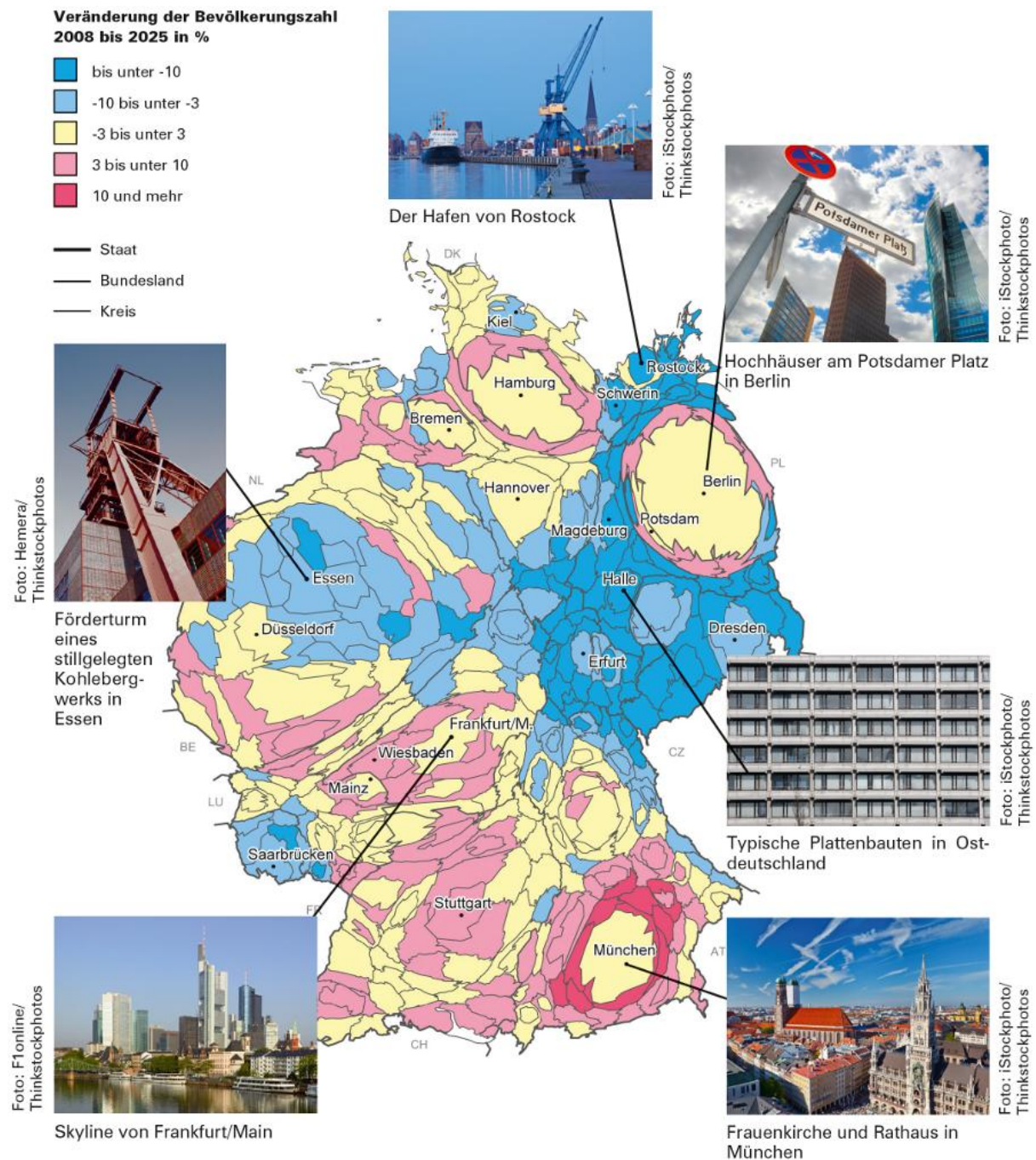
Aktuell diskutieren Wissenschaftler und Politiker den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und Wohlfahrt wieder neu. Vor allem passt es vielen 5 Experten nicht, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als „Universalindikator für gesellschaftliche Wohlfahrt“ zu werten. Sie bemängeln, dass die nicht materielle Seite der Lebensqualität zu wenig berücksichtigt wird. Entsprechend diskutieren sie, ob die einseitige 10 Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum, gleichbedeutend mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, automatisch zu gesellschaftlichem Fortschritt und höherer Le-

bensqualität führt. An diese Diskussion schließt sich die Frage nach der Nachhaltigkeit an: Inwieweit erzeugt die heutige Generation Wirtschaftswachstum auf Kosten der nachfolgenden Generationen? Sie vernichtet 20 natürliche Ressourcen oder steigert die Staatsverschuldung, sodass der finanzielle Spielraum in Zukunft immer mehr eingeschränkt wird. Hauptmerkmale der Lebensqualität sind Gesundheit, Bildung, persönliche 25 Aktivitäten einschließlich Erwerbsarbeit, persönliche und wirtschaftliche Sicherheit, soziale Beziehungen und die Umwelt.

Aufgaben (M 4)

1. Erklären Sie, ob die rechte oder die linke Darstellung dem Thema „Räumliche Disparitäten“ gerechter wird. Erklären Sie, was auf den Karten zu sehen ist. Nennen Sie Regionen in Deutschland, die wirtschaftlich rückständig sind.
2. Nennen Sie Gründe, warum der Eindruck eines geringen BIP je Erwerbstätigen in Ostdeutschland negativer dargestellt wird, als er tatsächlich ist.
3. Diskutieren Sie die genannten Merkmale der Lebensqualität und ergänzen Sie diese gegebenenfalls. Erstellen Sie eine Rangliste.

M 5 Veränderung der Bevölkerungszahl 2008 bis 2025 in Prozent



Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose 2005– 2025/bbw, Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2008.
Quelle der Karte: BBSR: Deutschland anders sehen. Atlas zur Raum- und Stadtentwicklung. Bonn 2010, S. 45.

Aufgabe (M 5)

Das bevölkerungsproportionale Kartogramm stellt Wanderungsbewegungen bezogen auf Regionen mit dem Indikator „Bevölkerungszahl“ dar. Beschreiben Sie, was das Kartogramm zeigt. Welchen Vorteil hat diese Darstellungsmethode?

M 6 Wanderungen zwischen den alten und neuen Bundesländern

Seit jeher wandern Menschen in andere Regionen ab, um bessere Lebensbedingungen oder Arbeitsplätze zu finden. In den letzten 30 Jahren war das in Deutschland nicht anders.

Jahr	Zuzüge aus den neuen Ländern, einschl. Berlin (Ost), ins frühere Bundesgebiet	Zuzüge in die neuen Länder, einschl. Berlin (Ost), aus dem früheren Bundesgebiet
1980	15.774	1560
1990	395.343	36.217
2000	230.202	135.517
2009	156.411	137.908

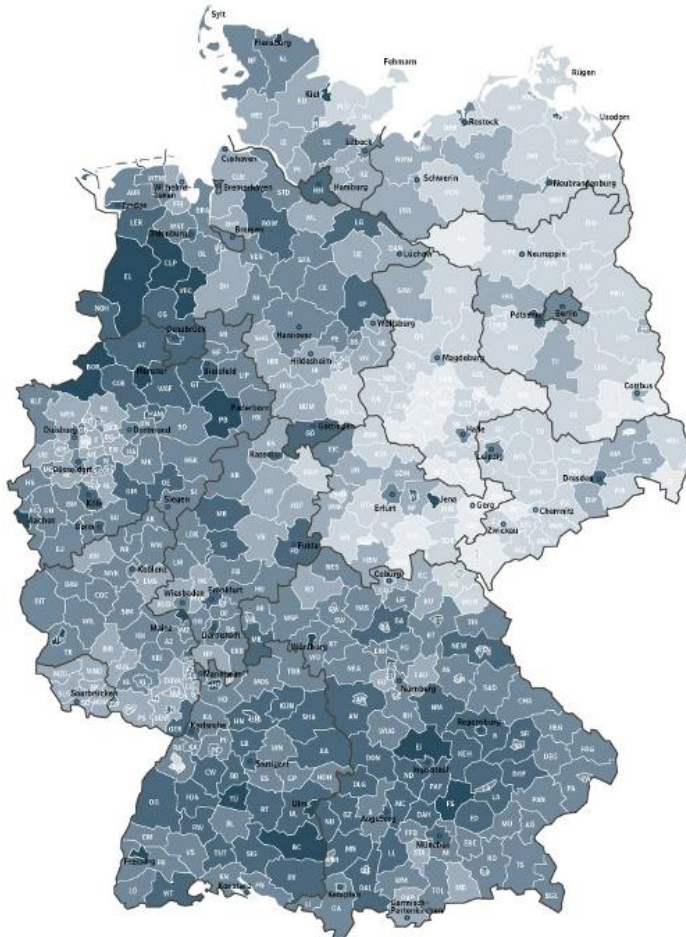
Quelle: Statistisches Bundesamt

Aufgaben (M 6)

1. Berechnen Sie den Saldo und analysieren Sie die Zahlen bezüglich wahrscheinlicher Wanderungsgründe.
2. Nennen Sie die alten Bundesländer mit dem vermutlich stärksten Pull-Effekt und jenes neue Bundesland mit der geringsten Fortzugsquote. Schauen Sie dazu in den Atlas.

M 7 Demografischer Wandel – wo leben noch viele junge Menschen?

Was den Anteil junger Menschen an der Bevölkerung betrifft, liegt Deutschland im EU-Vergleich weit hinten. Der Anteil älterer Menschen überwiegt und nimmt noch weiter zu.



Anteil unter 35-Jähriger an der Gesamtbevölkerung 2007 in Prozent
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)



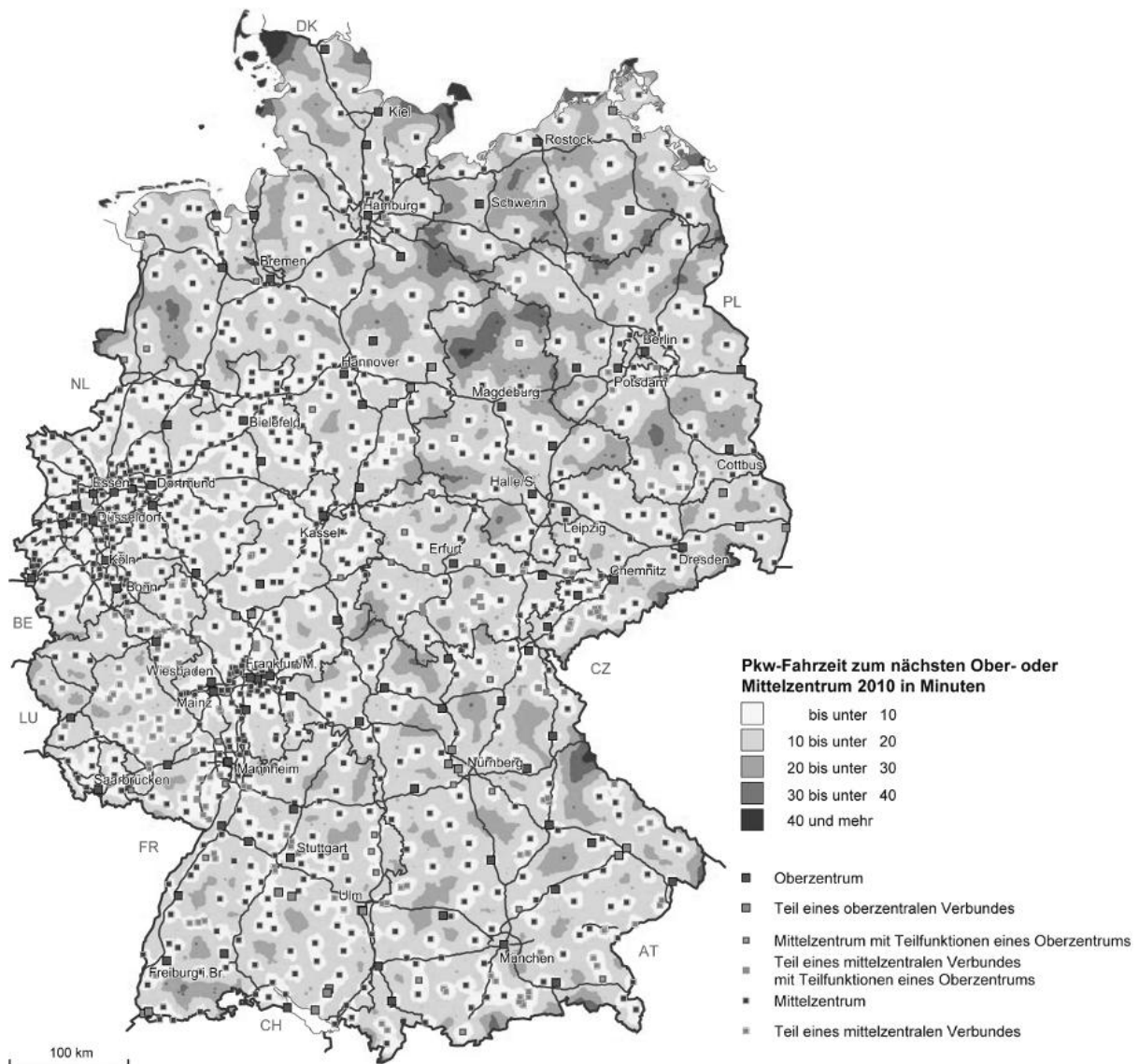
Aufgaben (M 7)

1. Begründen Sie den geringen Anteil der unter 35-Jährigen an der Bevölkerung in den neuen Bundesländern.
2. Nennen Sie Folgen für die Bevölkerungsentwicklung, wenn viele junge Menschen in einer Region leben.
3. Formulieren Sie eine Hypothese bezüglich des Anteils der mindestens 65-Jährigen in den Regionen und der Folgen für die Bevölkerungsentwicklung.

Quelle: Weber, Andreas/Klingholz, Reiner: Demographischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.). Berlin 2009, S. 21.

M 8 Einkaufsmöglichkeiten in nächster Nähe – Erreichbarkeit von Mittel- oder Oberzentren

Welche Zeit benötigen wir, um das nächste Mittel- oder Oberzentrum zu erreichen? Das hängt ganz davon ab, wo wir wohnen.



© BBSR Bonn 2011, Geoinformationen © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

Begriff:

Ein **Mittelzentrum** bietet den Einwohnern der Stadt sowie dem Umkreis Güter und Dienstleistungen. Dazu gehören Einkaufsmöglichkeiten, ein Vorhandensein von Fachärzten, Rechtsanwälten oder Gymnasien und Krankenhäusern.

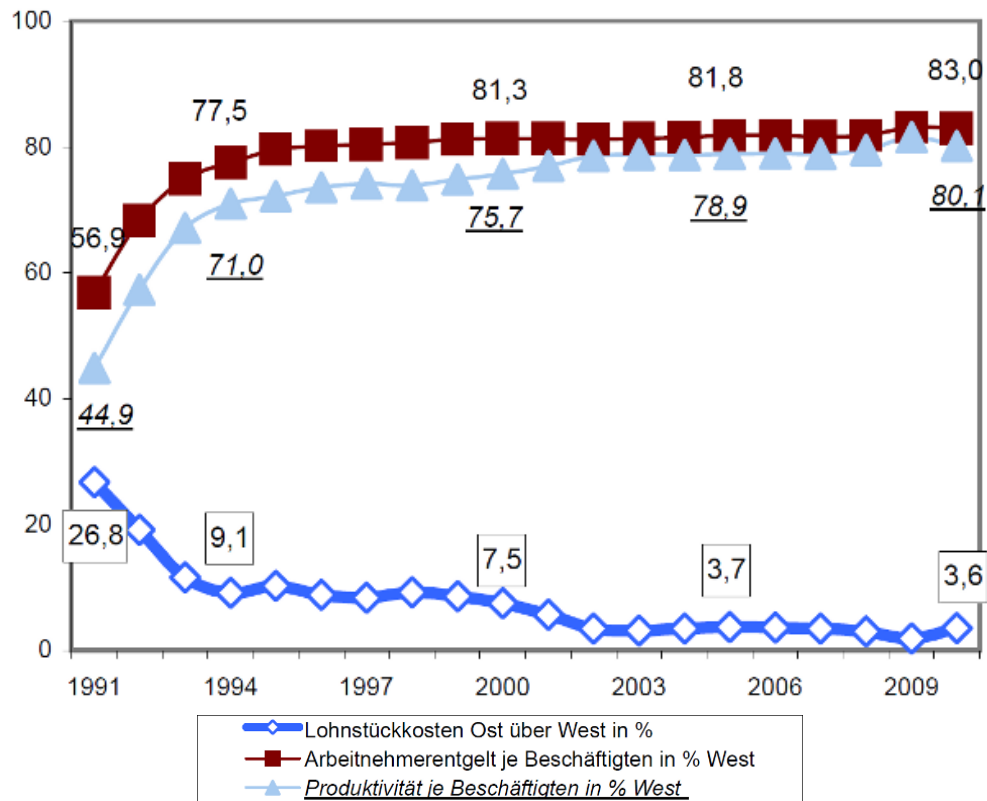


Aufgabe (M 8)

Erklären Sie, warum die Erreichbarkeit von Zentren als Indikator für die Lagegunst von disparitären Regionen zu sehen ist.

M 9 Produktivität in der Wirtschaft – ein Ost-West-Vergleich

Wie können die Produktivität in der Wirtschaft, Lohnkosten und Lohnstückkosten die Entwicklung eines Raumes beeinflussen?



Gesamtwirtschaft, neue Länder mit Berlin, alte Länder ohne Berlin

Quelle: Arbeitskreis VGR (Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011); veröffentlicht in Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer. Berlin Juli 2011, S. 8.

Begriffe:

Produktivität: hier Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

Lohnstückkosten sind Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen.

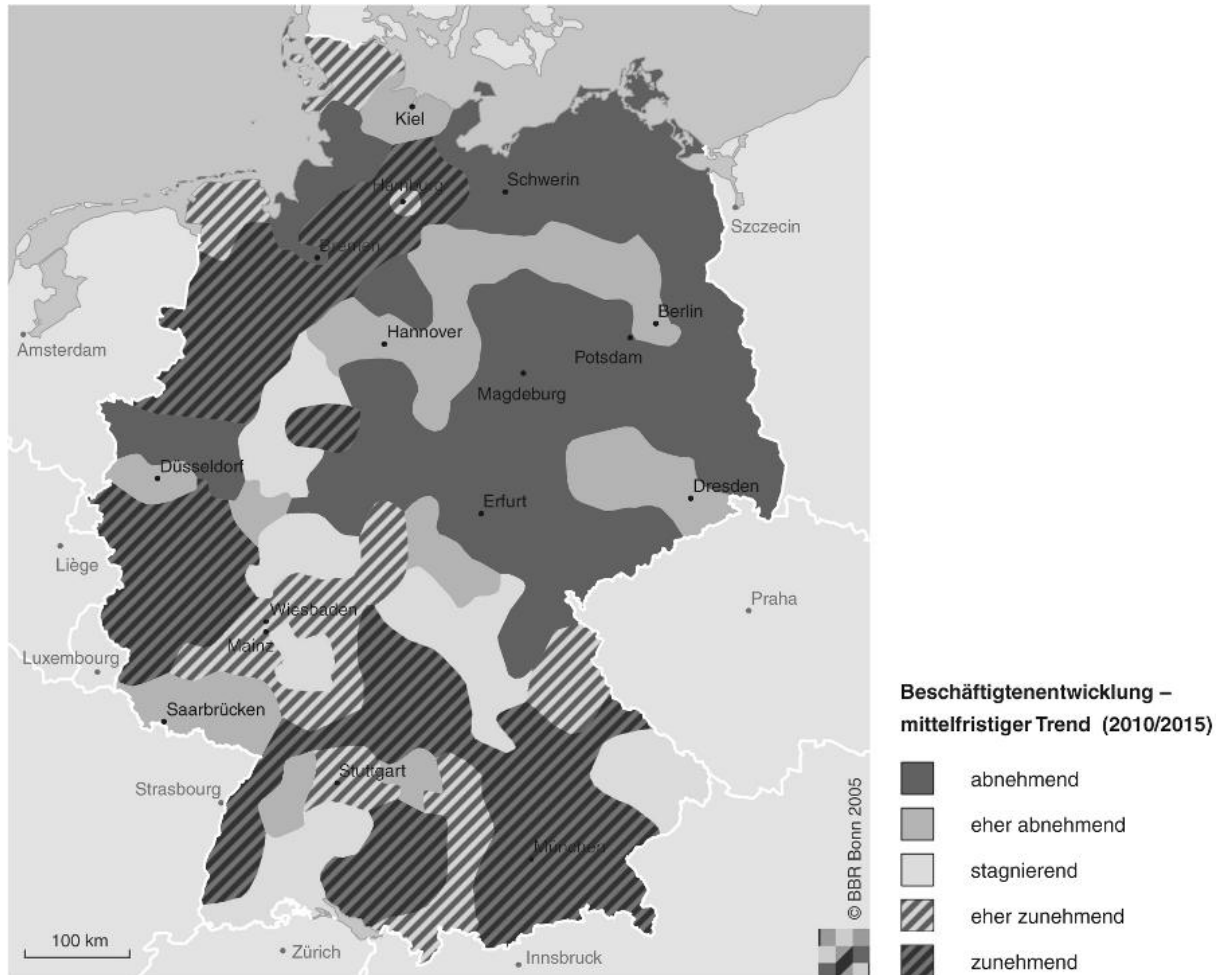


Aufgaben (M 9)

1. Beschreiben Sie, was in der Grafik zu sehen ist.
2. Erklären Sie den Anstieg der Lohnstückkosten und begründen Sie, warum sich die entsprechenden Kosten mehr und mehr angeglichen haben.

M 10 Wohin geht der Trend der Beschäftigtenentwicklung?

Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 2011 in Ostdeutschland 12 %, im Westen dagegen 6,6 %. Die Werte schwankten im Osten zwischen 9,8 % in Thüringen und 12,7 % in Mecklenburg-Vorpommern, im Westen zwischen 4,5 % in Bayern und 13,6 % in Berlin.



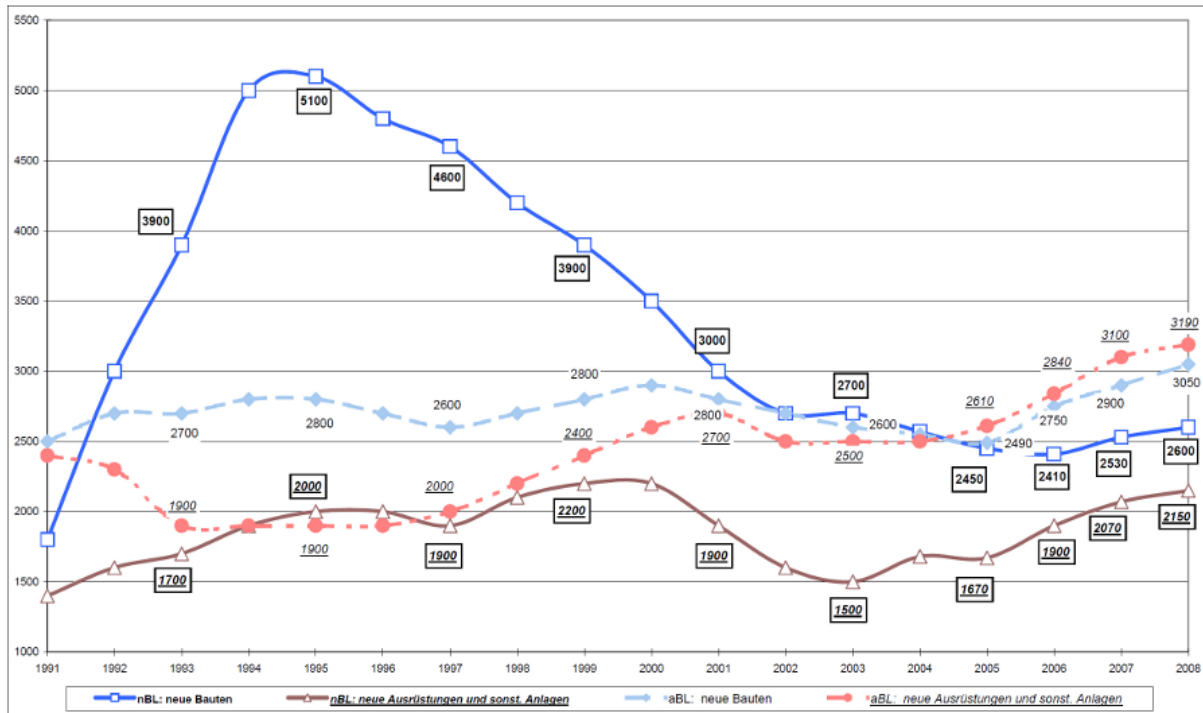
© Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsbericht 2005. Berichte Bd. 21. Bonn 2005, S. 46.

Aufgaben (M 10)

1. Nennen Sie Regionen, für die ein Beschäftigtenzuwachs eindeutig prognostiziert wird.
2. Begründen Sie die Daten zur Arbeitslosenquote.
3. Verdeutlichen Sie am Beispiel von Bayern, dass die Aussage „niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland“ nur einen begrenzten Aussagewert hat.

M 11 Investitionen ausgewählter Wirtschaftsbereiche

Warum sind Investitionen in die Bauwirtschaft Ostdeutschlands ein wichtiger Indikator für die dortige Entwicklung?



Investitionen aller Wirtschaftsbereiche je Einwohner (in Euro)

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer. Berlin 2011, S. 22.

Aufgabe (M 11)

Beschreiben Sie, was in der Grafik zu sehen ist. Welche Schlüsse können Sie unter dem Blickwinkel „räumliche Disparitäten und deren Überwindung“ aus den Daten zu „Investitionen in die Bautätigkeit“ und „neue Ausrüstungen“ ziehen.

M 12 Kinderbetreuung in Kitas in Deutschland

Ab 2013 hat jedes unter dreijährige Kind einen gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Experten schätzen, dass derzeit ca. 260.000 Plätze fehlen.



Foto: Comstock/Thinkstockphotos

Kinder mit Betreuerin in einer Kindertagesstätte.

Anteil der Kinder unter drei Jahren in der Kindertagesbetreuung



Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung 2010 (Anteil an der entsprechenden Altersgruppe in %)

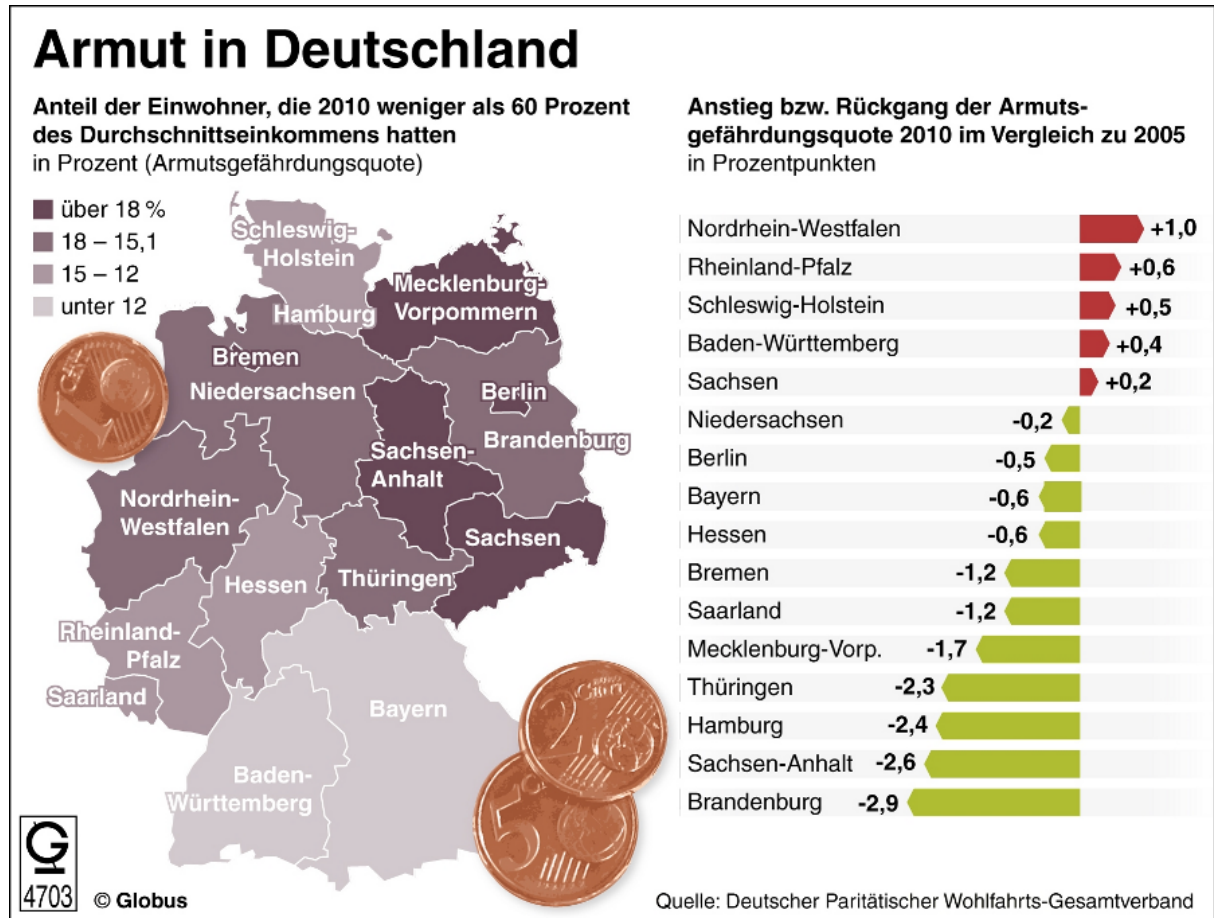
Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band 1. Bonn 2012, S. 39.

Aufgaben (M 12)

1. Beschreiben Sie, was in der Grafik zu sehen ist. Achten Sie dabei besonders darauf, in welchen Bundesländern Kinderkrippen eine wichtige Rolle spielen.
2. Stellen Sie dar, wie die Kinderkrippen in den Bundesländern verteilt sind. Begründen Sie.
3. Hausaufgabe: Informieren Sie sich darüber, was die Politik zum Thema „Kinderkrippen“ beschlossen hat.

M 13 Kein Geld fürs Schwimmbad – Armut in Deutschland

Experten haben ermittelt, dass in Deutschland jeder fünfte der ca. 13 Mio. jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren von Armut betroffen oder bedroht ist.



Wer gilt als armutsgefährdet?

In Deutschland bedeutet Armut, sich gewisse materielle Güter nicht leisten zu können und nicht die gleichen Lebenschancen zu haben wie andere. Es geht hier eher um soziale Ungleichheit. Armut ist von verschiedenen Faktoren abhängig: vom Einkommen, von der Anzahl der Familienmitglieder und der Miethöhe. Etwa 12 Mio. Menschen haben weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens zur Verfügung und gelten damit als armutsgefährdet.

2010 lag demnach die Grenze zur Armut für einen Single-Haushalt in Deutschland bei 826 Euro monatlich, für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 1735 Euro. In der EU wird von „strenger Armut“ gesprochen, wenn sich das verfügbare Einkommen auf unter 40 % des Durchschnittseinkommens beläuft. Menschen, die über 50 % des Durchschnittseinkommens verfügen, gelten als arm.

Aufgaben (M 13)

1. Interpretieren Sie die Karte und die Grafik und nehmen Sie Stellung zur Legende der Karte.
2. Beschreiben Sie die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote.

M 14 Das Ruhrgebiet ist Deutschlands neues Armenhaus

Warum wird das Ruhrgebiet als „Problemgebiet Nummer eins in Deutschland“ bezeichnet?

[...] Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs geht die Armut in Deutschland nicht zurück. Etwa 12 Mio. Menschen haben weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens zur Verfügung und gelten damit als armutsgefährdet. Das entspricht etwa jedem siebten Bürger. Dies geht aus dem Armutsbericht 2011 hervor, den der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin vorstellte. Besonders schlecht sieht es danach im Ruhrgebiet aus. Es habe sich zum „Problemgebiet Nummer eins in Deutschland“ entwickelt, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Ulrich Schneider.

Nordrhein-Westfalen weist laut der Studie neben Berlin von allen 16 Bundesländern den negativsten Trend auf. Dort stieg die Quote der von Armut gefährdeten Menschen zwischen 2006 und 2010 von 13,9 auf 15,4 %. Die Zahlen im Ruhrgebiet, dem größten Ballungsraum Deutschlands, hält Schneider für besorgniserregend. So sei in Städten wie Dortmund, Duisburg oder Gelsenkirchen die Quote auf mehr als 20 % gestiegen. [...] Bei weniger als 50 % des verfügbaren Durchschnittseinkommens geht man von Armut aus, die 60 % gelten als Schwelle zur „Armutgefährdung“. [...] Dabei kommen die Autoren des Berichts zu dem Schluss, dass Deutschland mehr und mehr ein „armutspolitischer Flickenteppich“ sei. Ein „sauberer Ost-



Foto: iStockphoto/ Thinkstockphotos

Förderturm einer aufgegebenen Kohlengrube im Ruhrgebiet.

West-Schnitt“ lasse sich nicht mehr ziehen. Vielmehr sei auch innerhalb der westdeutschen Flächenländer ein enormes Armutsgefälle zu beobachten. So habe etwa Bayern 35 Problemregionen wie Hof mit einer Quote von 13,3 % oder der Oberpfalz mit 12,7 %, während der Landesdurchschnitt im Freistaat bei 4,4 % liegt. Nach wie vor gebe es aber in den neuen Bundesländern noch mehr Armut als 40 in den alten. Die Forscher sehen jedoch in einigen Teilen Ostdeutschlands einen positiven Trend, besonders im südlichen Thüringen und im Berliner Speckgürtel, wovon Brandenburg profitiert. Schlusslicht ist wie 45 bisher Mecklenburg-Vorpommern mit einer Quote von 22,4 %. [...]

Quelle: Thomas Öchsner: Armutsbericht 2011. Das Ruhrgebiet ist Deutschlands neues Armenhaus. Süddeutsche Zeitung vom 21.12.2011.

Hintergrundinformation zum Ruhrgebiet:

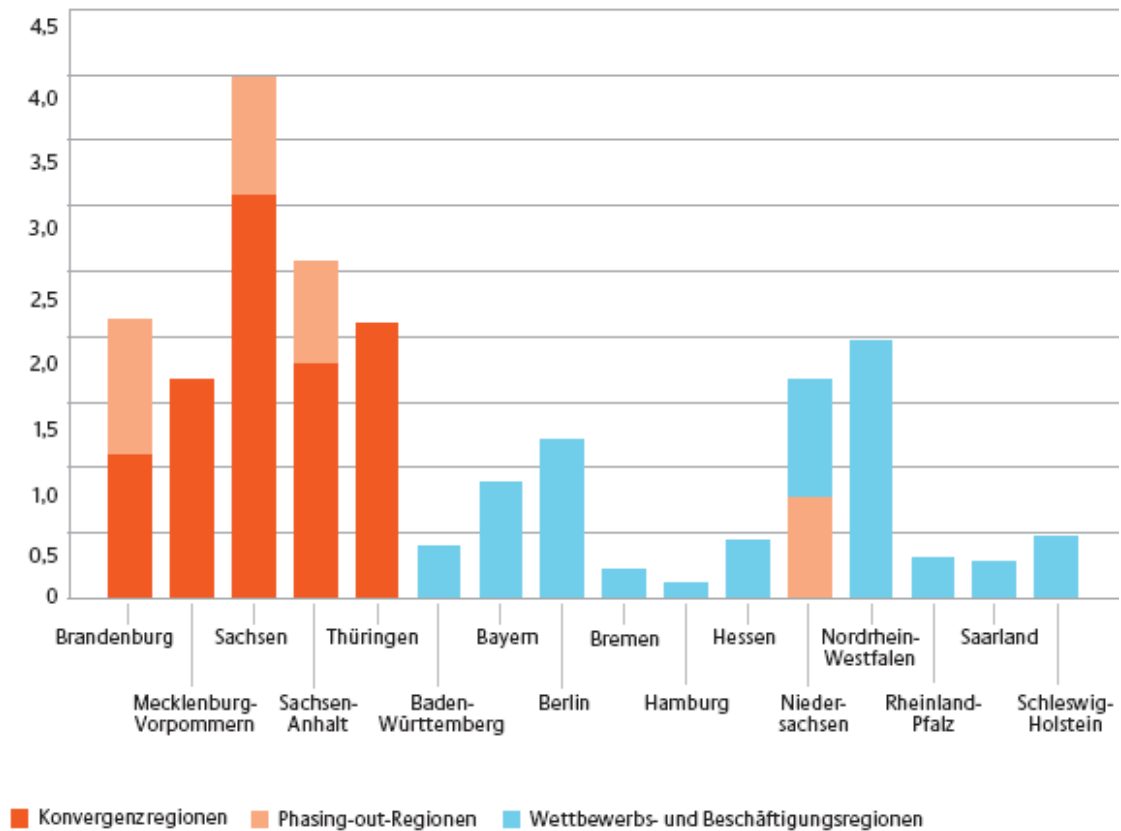
In Duisburg haben 30.000 Menschen keine Arbeit. In Gelsenkirchen lebt jeder fünfte Bürger mit Geld vom Jobcenter. 34 Kommunen gelten als notleidend, weil die Ausgaben für Langzeitarbeitslose und soziale Problemfälle rascher steigen als die Einnahmen. Die Folge: Schulen und Straßen verfallen, Bäder und Bibliotheken schließen, vom Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sind die meisten Kommunen weit entfernt. Geschäfte stehen leer, weil die Kaufkraft fehlt. Im Kontrast hierzu ist die knapp 50 km entfernte Stadt Düsseldorf reich und schuldenfrei. Der Solidarpakt II sichert den ostdeutschen Bundesländern bis Ende 2019 37,4 Mrd. Euro an Bundesmitteln zu.

Aufgabe (M 14)

Diskutieren Sie, ob der Solidaritätszuschlag, den jeder Bürger in Deutschland entsprechend seinem Einkommen zu zahlen hat, jetzt auch westdeutschen Kommunen zustehen sollte.

M 15 EU-Hilfe für Deutschland – Unterstützung aus dem EU-Strukturfonds

Deutschland erhält aus dem Strukturfonds der EU einen Betrag von ca. 26,3 Mrd. Euro. Warum werden auch wirtschaftlich prosperierende Regionen durch EU-Fonds unterstützt?



Verteilung der EU-Strukturmittel in Deutschland 2007–2013, Aufteilung nach Prinzip „Konvergenz“, „Phasing out“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (in Mrd. Euro)

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): Strukturfonds in Deutschland. Berlin 2008, S. 6/7 (gekürzt).

Begriffe:

Eine **Konvergenzregion** ist eine Region, die weniger als 75 % des EU-27-BIP-Durchschnitts aufweist. Sie erhält Fördermittel, um den Lebensstandard an die wirtschaftlich stärkeren Regionen angleichen zu können.



Phasing-out-Regionen: Das sind Regionen, die entsprechend dem EU-Strukturfonds nur noch kurzzeitig gefördert werden.

Aufgaben (M 15)

1. Ordnen Sie den Begriff „Konvergenzregion“ den Bundesländern zu. Begründen Sie.
2. Die Region Lüneburg erhielt als einzige Region Niedersachsens das Kriterium „Phasing out“ zugesprochen. Begründen Sie diese Maßnahme. Schauen Sie dazu in den Atlas.
3. Bayern ist das wirtschaftlich stärkste Bundesland. Erklären Sie, warum es dennoch – ebenso wie andere alte Bundesländer – gefördert wird.
4. Zusatzaufgabe: Informieren Sie sich bei der Behörde Ihres Wohnorts, ob er unter das Kriterium „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ fällt und von der EU gefördert wird. Wie hoch ist die Förderung und für welche Projekte wird sie genutzt? Tragen Sie das Ergebnis Ihrer Recherche der Klasse vor.

M 16 Strategien gegen räumliche Disparitäten

Was beinhaltet die neue Lissabon-Strategie und wie kann sie umgesetzt werden?

In Übereinstimmung mit den europäischen Prioritäten und „Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung“ ist das Nationale Reformprogramm (NRP) u. a. auf folgende Schwerpunkte ausgerichtet. Ziel der Leitlinien ist es, räumliche Disparitäten zu reduzieren.

- **Wissensgesellschaft ausbauen:** Forschung und Entwicklung stärken, Innovation und Spitzentechnologie vorantreiben, Bildungssysteme stärken, lebenslanges Lernen, im Betrieb die Produktivität steigern;
- **Märkte wettbewerbsfähig gestalten:** wachstumsorientierte Märkte in den Mittelpunkt stellen, Spezialisierung, Wettbewerbsfähigkeit durch Clusterbildung und Netzwerke stärken;
- **Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit verbessern:** junge und kleine Unternehmen unterstützen, Corporate Governance, Infrastruktur ausbauen, produktives Kapital und qualifizierte Arbeit anziehen;
- **Nachhaltiges Wachstum sichern – soziale Sicherheit wahren:** öffentliche Finanzen auf Zukunftsausgaben ausrichten, deutsche Einheit, soziale Sicherungssysteme zukunftsfest gestalten, also soziale Kohäsion, Föderalismusreform;
- **Ökologische Innovation als Wettbewerbsvorteil nutzen:** umweltfreundliche Technologien als strategischer Wettbewerbsfaktor nach dem Motto „Stärken stärken“, Energieeffizienz als Schlüssel für langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Antriebstechnologien und Kraftstoffe für den Verkehr von morgen;
- **Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten – demografischen Veränderungen begegnen:** Strukturreformen am Arbeitsmarkt, demografieorientierte Arbeitsmarktpolitik gestalten, qualifizierte Fachkräfte gewinnen.

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007–2013. Berlin 2007, S. 8–11; Nationales Reformprogramm Deutschland 2008–2010. Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2009; Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band 1. Bonn 2011.

Begriffe:

Cluster: Kooperation von gleichartigen und sich ergänzenden Unternehmen an einem Standort, um „Führungsvorteile“ nutzen zu können und gemeinschaftlich die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.



Corporate Governance: gemeinsame Unternehmensstrategie

Kohäsion: wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt nicht nur innerhalb Deutschlands. Ziel ist, die Voraussetzungen für gleiche Lebensbedingungen in den Bundesländern zu schaffen. Kohäsionspolitik ist gleichbedeutend mit Strukturpolitik, Konvergenz bedeutet dann Strukturanpassung.

Lissabon-Strategie: Die Lissabon-Strategie ist ein auf einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm. Es hat zum Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Nachdem bei der Halbzeitbilanz 2005 festgestellt wurde, dass die Ziele zu ehrgeizig sind, wurde als Nachfolger die Strategie "Europa 2020" im Jahr 2010 verabschiedet. Hauptfelder dieses Programms sind wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung und Nachhaltigkeit.

Aufgaben (M 16)

1. Fassen Sie die aktuelle Lissabon-Strategie mit eigenen Worten zusammen.
2. Geben Sie die Schwerpunkte des Nationalen Reformprogramms mit eigenen Worten wieder und ordnen Sie den fett gedruckten Zielsetzungen je ein Beispiel zu.